

Wortspöndent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
60 Hfr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 26. April 1924

Nummer 37

Ein neuer Unternehmerfeldzug für Lohndruck und der Gegenstoß der Gewerkschaften

I.

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat einen neuen Tarifaussschuß, dessen nicht geringste Plage es ist, wie der Reallohn der deutschen Arbeiter so niedrig als nur möglich gehalten werden kann. Aufstellen der gewagtesten Thesen, Herausstellen neuer Schlagworte (neue Inflation durch allgemeine Lohnerböhrungen), Einschränkung auf die Reichsregierung und die behördlichen Schlichtungsorgane sowie Praktiken direkt schäblicher Art bilden die „Methoden“, womit „die deutsche Wirtschaft“, wie man annahm, aber völlig unzutreffend zu sagen pflegt, die Bereicherung auf Kosten der Arbeiterschaft weiter betreiben möchte. Im Inflationsjahre 1923 ist dieses Geschäft ja glänzend gegangen.

Von diesem Tarifaussschuß ist nun dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein vertraulich gehaltenes Rundschreiben in die Hände gespielt worden. Entgegen unserer Verpflogenheit der Vermeidung wörtlichen Abdrucks ist hier die genaueste Kenntnis der Unternehmerabsichten erforderlich, ebenso auch der vom ADGB. dagegen erfolgten Schritte. Die Mitglieder unseres Verbandes werden so am besten eingeweiht in die große Tragweite des Kapitels Lohnpolitik, und sie dürften dann über unsern Aprillohnkampf viel seine guten oder weniger guten Teilerfolge ein geschärfteres Urteilsvermögen erlangen.

Rundschreiben Nr. 86.
Tagbuch Nr. T 6460.

Berlin W 22, den 29. März 1924.
Kurfürstenstraße 86a

Betrifft: Lohnpolitik (Ergebnisse der Aussprache im Tarifaussschuß vom 25. März 1924).

1. Reichsminister Dr. Marx hat in seiner Ansprache bei der Industriekonferenz, das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage — darüber dürfte wohl nur eine Stimme sein — ist die Aufrechterhaltung unserer Währung. Die Währung bildet den Ausgangspunkt eines jeden Wirtschaftsaufbaues, mit ihr steht und fällt unser Zukunft.

Auf diesen Grundlag ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzurichten. Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 Pf. pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Millionen Goldmark im Jahre ausmachen. Aus dieser Zahl ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung für jeden ersichtlich. Regierung und Wirtschaft haben danach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerböhrung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu wehren. Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.

2. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die derzeitige Währung in werbefähigem Geld gegenüber dem November vorigen Jahres eine Erhöhung des Reallohnes um durchschnittlich 20 bis 30 Proz. gebracht haben, und daß sie zum Teil 100 Proz. über den Reallohn in der Inflationszeit liegen. (Vergleiche „Mittelungen“ Nr. 4, Seite 51.) Bei den Angehörigen der Wirtschaft ist hier noch darauf hinzuweisen, daß mit Ablauf des März im allgemeinen wieder zur Postnumerandobehaltung von 30 Tagen übergegangen wird, während die Angestellten in der letzten Überjahrszeit mit einem Monatsgehalt etwa 35 Arbeitstage und länger auskommen müßten; dies bedeutet praktisch für die Angehörigen eine Herabsetzung des Realeinkommens gegenüber den letzten drei Monaten um mindestens 15 Prozent. Die Löhne der ungelerten Arbeiter liegen im allgemeinen auf Lebensrealhöhe (vergleiche Rundschreiben Nr. 76), so daß die Ungelernten, das heißt mindestens die Hälfte der gesamten deutschen Arbeiterschaft, ohnehin schon einen starken Vorsprung gegenüber dem übrigen deutschen Volk haben. Es muß erneut betont werden, daß die Notlage der Arbeitnehmer zur Zeit nicht eine Folge zu niedriger Löhne und Gehaltsniveaus, sondern eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb ist es vor allem, durch Steigerung und Verbesserung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umfang zu vergrößern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet ohnehin eine Steigerung des Reallohnes.

3. Von der allseitigen Wichtigkeit ist die Gehaltung des derzeitigen Lohnniveaus im Bereich und in der übrigen Volkswirtschaft. Hier wäre eine Lohnsteigerung ohne gleichzeitige Preissteigerung nicht möglich. Mit letzterer würde aber die Konkurrenzfähigkeit des Reichsproduktes, der unter der Konkurrenz der englischen Rohle im Inlandmarkt unabweislich zu leiden hat, vermindert und das Bestehen nach weiterer Teilbilanzierung der Reichsrohle gefährdet. Die weitere Herabsetzung der Reallohn würde der realwirtschaftlichen und exportierenden Wirtschaft die letzten Restmöglichkeiten nehmen. Darum empfehlen wir die Sachverständigen der Wirtschaftswissenschaften lebhaftest, sich

4. Die hier beschriebenen Gefahren sind so groß, daß es notwendig ist, die Maßnahmen, namentlich in der Beschäftigungspolitik, im Buchdruckgewerbe und andern, zur Zeit

eine gute Konjunktur zu beobachten ist, die Restenweise bis zu einem empfindlichen Beschäftigungsmangel führte. Der Tarifaussschuß wiederholt deshalb die in den letzten fünf Jahren immer wieder ausgesprochenen Warnungen vor einer neuen Konjunkturlohnpolitik. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß durch eine Konjunkturlohnpolitik das durch andere Wirtschaftsverhältnisse bedingte derzeitige Lohnniveau in Orien, Bezirken und Fachgruppen erschüttert und damit eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Preise verursacht wird. Der Tarifaussschuß verweist hier im Besonderen auch auf die Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstag (siehe „Mittelungen“ Nr. 5/6, Seite 64), daß Löhne und Gehälter sich in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrien und Gewerbezweige richten müssen. Damit hat auch der Reichsarbeitsminister sich gegen Lohnforderungen ausgesprochen, die ihre Ursache lediglich im Vergleich von an sich unvergleichbaren Löhnen haben. Die Arbeitgeberverbände tragen ihrer besonderen Verantwortung Rechnung, wenn sie sich im Interesse der Allgemeinheit gegen ein neues gegenseitiges Hin- und Herstreben des Lohn- und Preisniveaus insoweit fassen Lohnpolitik der Gewerkschaften wenden. Da die zur Zeit in guter Konjunktur arbeitenden Unternehmergruppen sich die dringende Aufforderung gerichtet, in ihrer Lohnpolitik auf diese für die Allgemeinheit wichtigsten Gesichtspunkte Rücksicht zu nehmen und vor allem auch dafür Sorge zu tragen, daß sie nicht ihre eigene Konjunktur durch Konjunkturlohnpolitik und die damit verbundenen Verteuerung ihrer eignen Produktion in kürzester Zeit wieder vernichten.

5. Besonders muß vorgebaut werden, daß die Lohnpolitik der Sachverständigen auf dem Weg sogenannter „Ausgleichs- und Unerbittlichkeiten“ unanfechtbar zu einer allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus führt. Durch eine solche Ausgleichspolitik wurde im März vorigen Jahres bekanntlich die Stabilisierungspolitik aus Anlaß des Ruhrkampfes außerordentlich gefährdet. Das derzeitige Lohnniveau ist das Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse und liegt nach der übereinstimmenden Auffassung der Arbeiterschaft und vor allem der Exportindustrie heute schon höher, als dies für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit für die Befestigung der Wirtschaft wünschenswert ist.

6. Der Tarifaussschuß ist übereinstimmend der Meinung, daß nach Lage der Dinge auch der bevorstehende Abbau der Wohnungszwangswirtschaft nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnbewegung und zentralen Lohnerböhrung genommen werden darf, wie dies zum Schaden für die Wirtschaft und die Allgemeinheit anfänglich des schriftlichen Erlasses der Getreibezeugungswirtschaft seinerzeit leider regelmäßig geschah. Die Höhe der Miete und damit der Anteil der Lebenshaltungskosten ist, wie auch aus der letzten Nummer von „Wirtschaft und Statistik“ ersichtlich ist, heute schon in den verschiedenen Teilen des Reiches grundverschieden. Es wird deshalb die beabsichtigte Mietsteigerung in ganz verschiedenem Ausmaß fühlbar sein. Auch steht noch gar nicht endgültig fest, ob bei den derzeitigen innerpolitischen Verhältnissen Mietsteigerungen und Abbau der Wohnungszwangswirtschaft leicht schon vorgenommen werden. Schon dies nötigt dazu, jeder zentralen Regelung der Lohnfrage aus Anlaß der Mietsteigerung mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß je nach Inhalt der Mietverträge für Mietwohnungen die Auswirkung der Mietsteigerung für zahlreiche Arbeiter verhängnisvoll ist, und daß außerdem namentlich bei den ländlich gelegenen Industrien große Teile der Arbeiterschaft eigene Häuser haben und deshalb in ihrem Realeinkommen aus einer Erhöhung der Mieten nicht beeinträchtigt werden. Zum Teil sogar infolge Mietvermittlung noch gewisse Vorteile finden. Der Tarifaussschuß will sich deshalb beim Reichsarbeitsministerium nachdrücklich gegen eine zentrale Behandlung der Lohnfrage wenden und bei den sich aus einer neuen inflationistisch wirkenden Lohnbewegung für die Währung und die Allgemeinheit ergebenden Gefahren in diesem Sinne auch beim gesamten Reichskabinett vorstellig werden. Ebenso erhebt er in der Öffentlichkeit seine warnende Stimme und weist auf die Verantwortung hin, die das Reichsarbeitsministerium und die Sachverständigen bei einem anderweitigen Vorgehen vor dem deutschen Volk zu tragen haben. Wesenbers warnt sich der Tarifaussschuß dagegen, daß etwa an die Sachverständigen oder Schlichtungsorganen öffentlichen zentralen Weisungen gegeben werden, den jetzt geltend gemachten Lohnforderungen weitgehend Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang weist der Tarifaussschuß erneut auf die Gefahren hin, die der Allgemeinheit aus einem wiederholten erneuten Lohnsteigerung der Schlichtungsorganen entstehen können und die im Gegenteil vorigen Jahres auf übereinstimmendes Verlangen aller deutschen Arbeiterschaften zu dem Kampf der Vereinigung gegen diesen Tarifzwang überhaupt geführt haben.

7. Die für die Beamten und Angestellten des Reichsersatzes Neuregelung der Gehälter darf nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnbewegung werden. Daselbe gilt für die zur Zeit noch bestehenden Verhandlungen über die endgültige Gehaltung der Reichsarbeitslohn, die im allgemeinen den Finanzverhältnissen des Reiches entsprechen, heute noch zum Teil erheblich hinter den Industriearbeitslohn zurückgefallen sind. Die deutschen Wirtschaftskorrekturen haben dem Reichsfinanzministerium gegenüber die schwere Verantwortung, daß nicht durch die ungleiche Gehalts- und Lohnpolitik und deren Auswirkung auf das Volk und die Länder jede Bemühung und Teilnahme des Reichshaushalts erfolglos gemacht wird.

8. Schließlich wurde noch die Notwendigkeit betont, gemeinsam mit dem Reichsverband der Bau- und Holzindustrie unerschrocken alle Möglichkeiten zu erschöpfen, wie durch ein weiteres Festhalten der Preisen und die Gestaltung des Reallohns eine weitere Preissteigerung, vor allem in den Lebenshaltungskosten, herbeigeführt werden kann.

Verfasser: Dr. Franz Reichert, Dr. Franz Reichert, Dr. Franz Reichert.

II.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Inarbeiterversband, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund, also die freigewerkschaftlichen, die Christlichen Gewerkschaften in ihren Spitzenorganisationen, haben daraufhin sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Hungerlohnpolitik der Unternehmerverbände geeinigt und zunächst den Reichsanwalt um eine Ausprache ersucht. Das geschieht folgendem Schreiben:

An den Herrn Reichsanwalt,
Berlin.

Berlin, den 11. April 1924.

Kugehals der Besuche der Arbeitsgeberorganisationen, bei der Reichsregierung und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob eine auch nur geringe Erhöhung des jetzigen Lohnniveaus eine Erschütterung der Währung mit sich bringen würde, hätten es die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften für ihre Pflicht, der Reichsregierung die Gesichtspunkte zu unterbreiten, deren Würdigung für eine zutreffende Beurteilung der währungs- und währungspolitischen Lage unerlässlich erscheinen. Wir stellen fest, daß das Lohnniveau der deutschen Wirtschaft weiter unter dem das Weltmarktes liegt. Die Differenz zwischen dem deutschen und dem Weltmarktlöhnen ist erheblich größer als die Belastung der deutschen Industrie durch die Ausfuhrschwierigkeiten.

Unter voller Würdigung der Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Industrie vor allem im Westen infolge der Besetzung durch die Weimarer Verträge befindet, müssen wir jedoch feststellen, daß die Ausfuhrschwierigkeiten der deutschen Industrie zu einem großen Teil dadurch behindert sind, daß die Industrie es bislang noch nicht verstanden hat, sich im Bezug auf ihre Preisbildung auf die Notwendigkeiten einzustellen, die sich aus dem Übergang zu einer stabilen Währung unbedingt ergeben müßten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß oft nur eine ganz kleine, mit der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Betriebe durchaus zu vereinbarende Herabsetzung der Preise genügt, um den Kaufkraft des Auslandes wieder einzuholen. Dieser Kaufkraft und die vom Standpunkt der Wirtschaft aus unvermeidliche Preispolitik scheint uns eine der größten Gefahren für die Erhaltung der stabilen Währung zu bedeuten, denn sie ist neben der Infation von Luxusimporten die Ursache für die starke Passivität unserer Handels- und damit auch unserer Zahlungsbilanz. Eine weitere schwere Gefahr für die Währung erbliden wir in der falschen Kreditpolitik, die nicht genügend Unterscheidet zwischen Krediten für wirklich produktive Zwecke und solchen, die der Finanzierung einer falschen Konjunktur dienen. Die letzten Beschlüsse der Reichsbank scheinen uns eine Bekräftigung dieser Auffassung zu sein.

Die hieraus folgenden Aufgaben der Handels-, Wirtschafts- und Kreditpolitik scheinen uns für die Erhaltung einer stabilen Währung viel vorrangiger zu sein als das von den Organisationen der deutschen Arbeitgeber verfolgte Niedrighalten der Löhne. Man darf nicht vergessen, daß eine gesunde Lohnpolitik am meisten geeignet ist, durch Förderung der Kauf- und Sparkraft der breiten Massen die Wirtschaft zu beleben und dadurch die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern.

In der gleichen Weise sind auch die außerordentlich niedrigen Erwerbslosenzahlen zu beurteilen, die heute weit unter dem Spitzenminimum liegen und dadurch eine gewalttätige Einschränkung der Kaufkraft herbeiführen und die Erwerbslosenziffer auf die Dauer hochhalten.

Wir glauben, daß eine Beurteilung unserer Wirtschaftslage unter den vorstehenden Gesichtspunkten eher geeignet ist, die wirtschafts- und finanzpolitischen Schwierigkeiten zu beheben als der Versuch, die währungspolitischen Aufgaben einseitig unter einem unfruchtlichen nach falschen wirtschaftlichen Gesichtspunkt zu behandeln. Wir würden großen Wert darauf legen, wenn wir unter Auffassung des Herrn Reichsanwalt datieren dürfen und wären dankbar, wenn zu dieser Besprechung der Herr Reichsanwalt der Finanzen, der Herr Reichswirtschaftsminister und der Herr Reichsarbeitsminister hinzugezogen würden. Wir fügen in der Anlage eine ausführliche Darstellung unserer Gesichtspunkte bei.

III.

Die dem Schreiben angefügte Erklärung der Gesichtspunkte der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen besagt im wörtlichen Wortlaut folgendes:

Die unverkennbar grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage des zur Zeit für die deutsche Volkswirtschaft tragbaren Lohnanteils und die im Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. März 1924 an die Regierung und die amtlichen Stellen gerichteten Lohn- und währungspolitischen Forderungen zwingen die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände, auch ihrerseits der Reichsregierung die von den deutschen Gewerkschaften vertretene Auffassung über Lohnhöhe und Lohnanteil darzulegen.

Die Verhandlungen über die Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer beweisen, daß die Reichsregierung für die durch eine Erhöhung des jetzigen Lohnniveaus die deutsche Wirtschaft und damit die Rentenmarktführung zu gefährden. Der Beschluß der Reichsregierung, die von dem Reichsarbeitsminister beantragte, an sich viel zu geringe Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen anzunehmen, geht von der gleichen Auffassung aus. Die Vereinbarung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrem Rundschreiben ausgesprochen, daß es Pflicht der Regierung ist, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundene Gefahr mit allem Nachdruck zu stemmen. Dem Reichsarbeitsministerium und den Schlichtern wird verlangt, daß auch sie ihrerseits diesen Gefahren Rechnung tragen, d. h. ihren unmisslichen Einfluß gegen Lohnerhöhung einsetzen. Die Lohnerhöhung wird als die schwerste der Rentenmarkt und der Wirtschaft und damit auch der Arbeiterschaft drohende Gefahr bezeichnet. In der Stellungnahme der Reichsregierung an der Frage der Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer erklären die Gewerkschaften die Auswirkung des von der Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeber auf die Reichsregierung ausgeübten Druckes.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen wenden sich mit allem Nachdruck gegen die einseitige Auffassung, daß von der Lohnseite her der deutschen Wirtschaft ernste Gefahren drohen, und daß zur Vermeidung dieser Gefahren der Lohnanteil des deutschen Arbeiters und damit die Lebenshaltung auf das allerhöchste einzuschränkt werden müsse. Der deutsche Arbeiter, Kaufmann und Beamte fordert seit Jahren unter der von den Interessenten herrschenden Auffassung, daß die im internationalen Güterverkehr vorfindende Preisermäßigung der deutschen Wirtschaft auf Kosten seines Lohnanteils auszuweichen wüßten. Das Resultat dieser Auffassung ist eine sozialpolitische und wirtschaftspolitische, nicht bedenkliche Senkung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, Kaufmann und Beamten, weil der Lohnanteil durch die Entlastung der Wirtschaft sinkt und die Kaufkraft der deutschen Wirtschaft dadurch herabgesetzt wird. Diese Auffassung ist am so bedenklicher, als je

Tentivstand in steigendem Maße dem Barwurfe des sozialen Dumpings aussetzt und damit zu gesteigerten Abwehrmaßnahmen des Auslandes geführt hat, während in Wirklichkeit infolge der zu hohen Exportpreise die Ausfuhr trotz Niedrighaltung der Löhne nicht in Gang kommt. Das Herabdrücken der Arbeitsbedingungen verleiht insbesondere durch den relativ kalten Lohnanteil am Produkt zu einer Vernachlässigung der technischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen und damit zu einer dauernden Schwächung der Wirtschaftsgrundlagen. Sie führt weiter zu dem bedauerlichen Abwärtswand von hoch qualifizierten Arbeitsträften in das Ausland, die dort eine wesentliche Bereicherung der mit uns konkurrierenden Industrie darstellen.

Die Tatsache der Erhöhung unseres Exportes durch Antidumpingfälle und Reparationsfälle wird anerkannt. Ebenso, daß die Zurückgewinnung des Exportes Voraussetzung der deutschen Wirtschaftsentwicklung ist. Nicht aber ist es, die Ursache der für den Auslandsmarkt zu hohen Preisbildung der deutschen Waren im Lohnanteil oder den sonstigen Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters zu suchen. Die im Vergleich zum Weltmarkt niedrigen Arbeitslöhne müßten der Industrie keine Abnahmestellen schaffen, falls sie eine effizientere und gesündere Preispolitik beschaffte. Im Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt hat die deutsche Industrie hinsichtlich der Löhne einen außerordentlich günstigen Ausgang.

Hinsichtlich des Arbeitseffektes hält der deutsche Arbeitnehmer jeden Vergleich mit den Arbeitnehmern des Auslandes aus. Die gelegentlich veröffentlichten Zahlen über einen Rückgang des deutschen Arbeitseffektes erklammern sämtlich einseitig beeinflussten Interessentenkreisen. Über es muß darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Lage in jedem anderen Lande erhoben wird, so daß ein Sinken des Arbeitseffektes in Deutschland, wenn solches im einzelnen Falle wirklich nachweisbar wäre, kompensiert würde durch gleiche Erscheinungen im Ausland. Die früher von der deutschen Wirtschaft beklagte Unwirtschaftlichkeit der Arbeit infolge der Auswirkung des Entlassungsschutzes des Arbeiters resp. des mangelnden Entlassungsrechtes des Arbeitgebers ist durch den Fortfall der Demobilisierungsbestimmungen beseitigt, so daß heute ein tatsächlicher Rückgang des Arbeitseffektes durch eine dem Arbeitgeber mögliche Arbeitsorganisation behoben werden kann.

Auch der Einwand, daß die Vorbekämpfung der deutschen Wirtschaft durch Steuern und sozialpolitische und andere Verpflichtungen sehr viel härter sei als im Ausland, und daß ein Ausgleich nur durch entsprechende Lohnsenkung erfolgen könne, ist nicht stichhaltig. Einmal ist diese Vorbekämpfung nicht so hoch, wie von den Interessenten behauptet, zum andern muß beachtet werden, daß die öffentlichen Finanzen anderer Länder sehr stark Unterstützung an die Steuerkraft der dortigen Wirtschaft stellen.

Wenn trotz des ganz erheblich geringeren Lohnanteils und trotz eines zur Zeit mindestens gleichwertigen Arbeitseffektes die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren bedroht ist, so muß nach den wirtlichen Gründen dieser Erscheinung gesucht werden. Die wesentlichste Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrechterhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die sämtlich unwirtschaftlichen Betriebe in Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Lohnniveau gesteigert.

Es ist die Aushebung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden. In einer Zeit, die Millionen von Arbeitern beschäftigungslos machte und einem suchenden Elend aussetzte, ist die Zahl der Konturle kaum merklich gesunken, d. h. Konturle sind tatsächlich fast gar nicht eingetret. Dieses war nur möglich, weil der wahren externen Gewinn ungeheuer hoch war. Statt eines möglichen Unternehmensgewinnes werden viel zu hohe Umsätze für Risiko prämien, Eigenkapital und Unternehmer- und Handelsgewinn in die Kasse fließen. Diese Gesamtbekämpfung bildet ein Vielfaches des früher üblichen Unternehmensgewinnes. Ein Preisabbau von auch nur 1 Proz. würde in seinen Auswirkungen etwa eine Milliarde Goldmark jährlich erzielen und damit den Kaufkraft der breiten Masse beträchtlich steigern. Diese Tatsachen werden auch allgemein anerkannt. Trotzdem soll fortgeschrien werden, steigende Gewinne unter Aufrechterhaltung der Preise durch weitere Wiedereingehung des Reallohnes zu erzielen, anstatt Wege zu suchen, die geeignet sind, eine falsche Wirtschaftsorganisation umzuwerfen, die auch bei denkbar niedrigsten Löhnen jede Wiedereingehung unmöglich machen würde. Ursache dieser verkehrten Auffassung ist u. a. die falsche Kreditpolitik, die den unwirtschaftlichen Betrieben und Zwischengliedern ihr Durchhalten und das Kappen der Warenbestände ermöglicht.

Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, einer weiteren Steigerung des „Entbehrungsfaktors“ der breiten arbeitenden Massen unnötig zuzufügen, nachdem die Erfahrung zeigt, daß diese Entbehrung nicht zugunsten der Steigerung des deutschen Wettbewerbs oder der deutschen Produktivität, sondern zugunsten von Luxusverbrauch der höheren Schichten, unwirtschaftlicher Gestalt der Volkswirtschaft und Einschränkung der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Wirtschaft, nämlich des Inlandsverbrauchs der breiten Bevölkerungsschichten der Arbeiterschaft und des Mittelhandes, erzielt wird.

Die Gewerkschaften müssen daher fordern: Angemessene Erhöhung der Löhne entsprechend den steigenden Lebenshaltungskosten und dem Lohnanteil in der Vorkriegszeit und in den konkurrierenden Auslandsmärkten. Befreiungen der Wirtschaft und des Volkes durch die außenpolitische Lage Deutschlands diesen nicht einseitig von der Arbeitskraft allein, sondern müssen zugleich vom Kapital und durch Verringerung der zwischen Kapitalertrag und Arbeitskraft eingeschalteten übermäßig hohen Kosten an Zwischenkosten und Zwischenhändler getragen werden. Der notwendige Preisabbau muß erreicht werden durch Verringerung des Kapitalprofits, Ausweitung der überflüssigen Zwischenhändler und Zwischenkosten. Dem durchgeführten Beamten- und Angestelltenlohn in der Verwaltung muß ein nicht minder rückwärtsziehender Abbau der überflüssigen Zwischenglieder und veralteten Arbeitsmethoden der Wirtschaft entsprechen. Erst daraus ergibt sich dann eine Steigerung der Kaufkraft, die ihrerseits die Arbeitskraft und den Beschäftigungsgrad hebt und damit die hohen Kosten in Staat und Wirtschaft senkt.

Bereits am Ostermontag hat die nachgesuchte Ausprache zwischen Reichsregierung und Gewerkschaftsführung stattgefunden. Was darüber in der Tagespresse berichtet wird, ist eine knappe, sehr knappe offizielle Mitteilung durch Wolffs Telegrammbureau. Wir ziehen es vor, die lebendige ausführlichere Darstellung durch die „Gewerkschaftszeitung“ des 27. 4. 24. abzuwarten und werden dann mit einigen Hinweis auf uns beschafften Unterlagen diese Ausprache näher behandeln. Die Reichsregierung behauptet ungenügend, daß sie schnell bereit war auf der Ausprache. Dem ADGB und den mitarbeitenden andern Gewerk-

schaffsrichtungen aber gebührt Lob über diese klare und überzeugende Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Brennpunkten: Löhne, Währung und Preise. Der Gegenstoß der Gewerkschaften gegen den neuen Unternehmerfeldzug hat einen guten Anfang genommen; es wird noch andere Mittel bedürfen, ihn mit dem notwendigen Erfolge abzuschließen. Die Vorgänge im Buchdruckgewerbe zeigen es ja deutlich an, in welcher Allgemeinheit und mit welcher Hartnäckigkeit die für die Arbeiterschaft so schädliche Industriepolitik betrieben wird.

Falsch gefasste!

Einige Unerbaulichkeiten für die großen Lesarten auf Prinzipals- und auf Zeitungsverlegerseite

Eine ganz verfehlte Rückschlussanrede wird in der „Zeitschrift“ vom 23. April unternommen. Das Prinzipalsorgan, das laut einem am 16. April verhandten Verbesitzartikel bringen erste Sachleute als Mitarbeiter braucht, bietet in gleich drei Artikeln einen Anschauungsunterricht, wie unter dem Anschein der moralisierenden Verurteilung die Dinge vollständig auf den Kopf gestellt werden können. Wenn man nachträglich noch Aprilscherze verüben und die eigenen Mitglieber verbaltern wollte, dann allerdings hätten diese Stillübungen noch einigermaßen Sinn. Die „Zeitschrift“ bringt es fertig, so sagen, trotz der angeblichen Hochkonjunktur sei „die Abwehr der sinnlos übertriebenen Lohnforderungen mit besten Erfolgen durchgeführt worden“. Als Beispiel wird dafür nur Leipzig erwähnt, was logischerweise ja schon Widerlegung der Erfolgsbehauptung ist, denn Leipzig kann doch nicht als das ganze Deutschland der Gehilfenschaft angesehen werden! Kann die „Zeitschrift“ also nur mit Leipzig exemplifizieren, dann muß es um so schlechter für die Prinzipalität mit dem Gesamtergebnis bestellt sein. Und so ist es auch. Wir haben uns nicht erküht, einige Vorschläge auf Gehilfenseite zu bestreiten, aber die „Zeitschrift“ möchte aus jedem Vorschlag einen Erfolg machen. Aus dieser Nummer wie aus den sehr vielen örtlichen Meldungen in den Nummern 36, 35, 34, 33 und 32 haben aber die Prinzipale und die Zeitungsverleger zu ihrem Leidwesen erfahren, daß die Herrschaften auf dem Rollendorfsplatz falsch gefasste haben. Herr Otto, als Vorsitzender des Kreises II des DBB, Könnte unter dem 12. April eine ganz andre Erfahrung durch ein Rundschreiben hinaus:

„Im vorigen Jahr ist nicht umhin, mein schätzbares Bedauern darüber auszusprechen, daß, während ich zu neuen Verhandlungen in Berlin weilte, der Kölner Disziplinar-Konferenz Verhandlungen eingeleitet und tarifwidrigen Forderungen der Gehilfenorganisationen, welche mit Streikandrohung in ultimativer Form gestellt wurden, nachgegeben hat. In anderen Orten des besetzten Gebietes soll leider ähnliches geschehen sein.“

Der Kreisvorsitzende der sächsischen Zeitungsverleger ist mit einer ähnlichen Selbstschmerzabemischung weiter hinten in diesem Artikel anzutreffen. Was die angeführte „Papierzzeitung“ über die „Erfolgslosigkeit“ der Prinzipalsleitung zu sagen hatte, werden wir auch nachfolgend zur allgemeinen Erbauung anführen. Wenn in einem dritten Artikel der „3.“ abschlußfertig wird, als Ergebnis des Lohnkampfes könne „auf der ganzen Linie eine nicht unerhebliche Stärkung der Machtposition der Prinzipalität gebucht werden“, dann werden doch wohl andre aufstehen und sich solche faule Witze verbiten. Die „Zeitschrift“ meint in ihrem Leitartikel auch, da die Gehilfenschaft doch in eigener Regie Druckerereien und Verlagsgeschäfte anscheinlich umfanges betreibt, müßte sie doch wissen, wie es um das Verdienen im Buchdruckgewerbe bestellt ist. Eben deswegen haben wir immer behauptet, daß die Preise zu hoch und die Löhne zu niedrig sind! Der äußerst niedrige Bezugspreis des „Korr.“ ist auch schon Beweisstück gegen die Preispolitik der Presse. Der DBB verhandelt ja jetzt, daß die 10% Proz. offizielle Lohnerhöhung ab 3. Mai zu keiner Preiserhöhung führen sollen, und die inoffizielle, weitergehende durch die Aprilaktion wird erst nicht höhere Preise im Gefolge haben. Also es geht! Der Ruin des Gewerbes will selbstverständlich auch die Gehilfenschaft nicht. Ein starkes Stück bietet der Artikel „Rechtsveränderung“. Er richtet sich sowohl gegen den „Korr.“ als auch gegen den Verbandsvorstand. Wir sollen „perfideste Beschimpfungen des Reichsarbeitsministers und der Reichsregierung“ begangen haben. Wer den Leitartikel in Nr. 34 mit normalen fünf Sinnen gelesen hat, kann den erdhöhen Vorwurf nur als Produkt einer ganz unwahrscheinlich operierenden Denunziationslust bewerten, zumal der Artikelfreiber an der überdollen Kompottschüssel für den DBB vorübergeht, also nichts zu sagen weiß oder kneift. Darf man daran erinnern, welche verlockenden Töne auf der andern Seite gegen den Reichsarbeitsminister angeschlagen wurden, als er nicht gleich zur Verbindlichkeitsklärung schreiten konnte, weil er sich in seinem Wahlkreis befand? Die Kundgebung der Verbandsleitung in Nr. 33 wird dann „als bezeichnendes Dokument selbsterkannter Schwäche oder beredter Unwahrscheinlichkeit einer großen Gewerkschaftszentrale für alle Zeiten angenommen“. Der Ausbau der „Zeitschrift“ wird anscheinend unter tätiger Mithilfe einiger Übergeordnetem vorgenommen! Danach steht ja noch etwas zu erwarten. „Unflätige Schreibweise des Gehilfenorgans“, „unabhängige Verhandlungen und Kampfweise“, „abgewirtschaftete heckerische Verhandlungsmache“, „reiner Erpressungsversuch“, „Gefeh und Recht in der unerhörtesten Weise mit Füßen treten“ — in diesem heftigsten Gewächser geht es unter Betonung, „der Gewerkschaft mit strengster Eadschäftigkeit und mit Beobachtung vor Gesetz, Recht und Staatsautorität zu beugen“, zwei Artikel hindurch, während im letzten (der Nebenrolle nach in zweites) zur Überwindung die klare Forderung: „Es ist dringend notwendig, daß so wie die Streikbewegung bei den Prinzipalen herrscht.“ Wenn den Mitgliedern auf dem Rollendorfsplatz die mitfolgende Kampfschaft nicht ganz so sehr

fehlen würde, würde es gewiß nicht solcher Überschlagungen bedürftig. Auch bei den Verhandlungen merkte man das schon deutlich.

Die „Papierzzeitung“ kam am 16. April in einer Stellungnahme zu folgendem Urteil über die Vorgänge im Buchdruckgewerbe:

Der Verhandlungsverlauf hat deutlich die unheilvollste Wafflung über die ungeliebte Lage des Gewerbes gezeigt. Die mit wieder zunehmender Verzweiflung und zu erhöhten Preisen arbeitenden Verlagsdruckerereien machen gute Geschäfte, auch infolge Zunahme der Anzeigenaufträge, während die reinen Lohndruckerereien infolge Abbau und Sparmaßnahmen sich erheblich ungünstiger stellen, namentlich in den Großstädten.

Die Vertreter des DBB bei den Lohnverhandlungen waren besorgt um den Zusammenhalt der sich widersprechenden Kräfte und glaubten gerade wegen des gefährdeten Zusammenhangs zur Ablehnung jeder Lohnmehrforderung schreiten zu müssen, das verweigert haltend, daß kein Prinzipal bewilligen könne und bewilligen werde. Die Gehilfenschaft sah nach dem Scheitern der Verhandlungen unter Anwendung einer für sie günstigen Konjunktur den Ernstfall, dabei meistens tarifmäßig vorgehend.

(Kritik): Wer trotz der Tarifmüdigkeit hatte es den Erfolg, daß die Gehilfenschaft — abgesehen von den durch Ausschlag ertrunkenen Zugehörigen — auf eine große Reihe freiwilliger, wenn auch bedingt gegebener Bewilligungen verzichten und behaupten kann, die Prinzipalität in ihrer Gesamtheit sei gar nicht der Meinung ihrer Vertreter, nichts bewilligen zu können. Das ist es aber, was hätte vermieden werden müssen, weil es die Stellung der Vertreter für künftige Verhandlungen schwächt, wenn die hinter ihnen stehenden Arbeitgeber sich ihre eigenen Wege gehen. Das gilt für alle Beteiligten trotz der Unmöglichkeit in der Zahl der zu leistenden Raps bei Prinzipalen und bei Gehilfen. Die zu Kubern im Besonderen erwähnten Personen müssen die Lage des Gewerbes nach den Tatsachen zu beurteilen verstehen und nicht Vereinspolitik treiben, sondern das Wohl der Gesamtheit im Gewerbe im Auge behalten.

Die „Papierzzeitung“ bedeutet also der Leitung des DBB, daß sie nicht Tatsachen zu beurteilen versteht, nicht das Wohl der Gesamtheit im Gewerbe im Auge habe, daß sie nur Vereinspolitik treibe, die nur dem speziellen Interesse oder der Lage der Lohndruckerereien diktiert sei, die aber auch zu einem erheblichen Teile nicht standgehalten hätte. Ergo: Der DBB hat falsch gefasste. Da die „Papierzzeitung“ auch der Gehilfenschaft gegenüber es nicht an Kritik fehlen läßt, muß ihr unparteiisches, alle Umstände abwägendes Urteil der Leitung des DBB um so unangenehmer sein.

Das draußen so oft ja gesagt worden ist, und der mutvolle Widerstand der hohen Führerschaft so vielfach desavouiert werden konnte — das allerdings ist gar betrüblich. Was ist nun richtig: das einbüdungstarke, von der Scheuklappenpolitik eingegabene Nein der Führerschaft des DBB, oder das mit den Tatsachen rechnende, auch beim andern Teile einfühlende geräuhslose Ja draußen im Felde??

Die „Zeitschrift“ hat sich gleich einige Male bei ihrer Bekämpfung der Gehilfenforderungen auf den sozialen Schriftsteller Dr. Helms Potthoff (München) berufen. Dieser soll in der „Deutschen Werkmesszeitung“ ebenfalls das Renetikel „Lohnsteigerung — Währungsverfall“ vorgeführt haben. Nach der „Zeitschrift“ soll Potthoff ausgeführt haben, daß

die gegenwärtigen Löhne und Gehälter für einen Teil der Arbeitnehmer auf die Dauer nicht zu ertragen seien. Es sei aber verfehlt, sie nach kurzem wieder zu steigern, denn diese Steigerung würde das alte Kennen zwischen Lohn und Teuerung erneuern und damit den Anstoß zum Bruch der Rentenmarkt geben, der das Ende der deutschen Währung und selbständigen Finanzwirtschaft bedeuten dürfte.

In Wirklichkeit hat Potthoff am 29. Februar in dem angeführten Artikel eine scharfe Kritik an den Hungerlöhnen einerseits und der Verteuerung andererseits geübt, und zwar folgendermaßen:

Die gegenwärtigen Gehälter und Löhne sind für einen Teil der Arbeitnehmer auf die Dauer nicht zu ertragen — solange nicht das ganze Volk an Stellen kommt. Sie nach kurzem wieder zu steigern, wäre verfehlt, denn es würde das alte Kennen zwischen Lohn und Teuerung erneuern und damit den Anstoß zum Bruch der Rentenmarkt geben, der das Ende der deutschen Währung und selbständigen Finanzwirtschaft bedeuten dürfte. Also gibt es nur den andern Ausweg: die heutigen unzulänglichen Einkommen dadurch erträglich zu machen, daß die Kosten der Lebenshaltung sich ihnen anpassen. Das Kernproblem unserer Wirtschaft heißt heute: Verschlingung. Es geht nicht an, daß ein armes Volk teurer produziert als ein reiches; wir müssen, um unter dem Druck der Weltmarktmittel unterbleiben können, denn nur aus hoher Leistung können die Zahlungsmittel fließen. Es geht aber auch nicht an, daß unsere Wirtschaft nur vom Export lebt; seine Grundlage ist der Inlandsmarkt; die Massen müssen den größeren Teil dessen, was sie erzeugen, selbst verbrauchen können; sonst ist umfassende Arbeitslosigkeit die Folge.

Die Lösung dieses Problems liegt in einem Druck auf die Preise, der teilweise durch Steigerung der Produktion ermöglicht werden muß. Von einem einheitlichen Preisabbau ist noch kaum die Rede. Die bisherige Entlung des Durchschnittsstandes um etwa ein Drittel (der Reichsteuernumsatz von 1900 auf 100 Milliarden) entspricht kaum dem Anfall der Mißproportion für Geldwertverluste, die seit Sommer 1923 mindestens mit 10 v. H. durchschnittlich einfallt und nicht einmal, sondern drei bis viermal auf den Genussgütern lastete. Wäher bekommt der Verbraucher für seine Ware noch ebensoviele wie vor fünf Monaten. Der elementare Abbau der hoch gestiegenen Preise durch rationelle Einrichtung der Erzeugung und Verteilung, durch gewissenhafte Kalkulation, durch Beschränkung der Gemeinnutz, all das muß erst kommen. Ich habe, das im Durchschnitt der Preisstand noch um ein weiteres Drittel herabzusetzen kann und muß (also der Reichsteuernumsatz auf etwa 600 Milliarden), damit die neuen Geldlöhne erträglich werden.

Es ist also unerhört, was die „Zeitschrift“, um die privatwirtschaftliche Verteuerung nicht anzutasten, aus Potthoffs sehr verständigen, auch von uns zu unterstreichenden Ausführungen gemacht hat. Die Geldlöhne würden zu ertragen sein, Lohnforderungen wäre es jetzt nicht, wenn die von Potthoff betonten Notwendigkeiten und Mühsalkeiten volle Tatsache werden würden. Insbesondere wird die Preisfrage aber klarverlos welcher nach oben gedrückt und die Verbrauchsfrage des Volkes noch mehr verschärft. Potthoff hat in einem neueren Artikel zu dem Titel „Wirtschaft und Arbeit“ und „Arbeit und Arbeit“ kommen den Unternehmern noch einige Parabeln gesagt, die auch für unsere Prinzipalschaftler von Wert sind:

„Die Arbeit ist ein Wert, der nicht durch die Verteuerung der Arbeit zu einem Wert gemacht werden kann.“

häftigen recht lässig zu machen. Tanten müssen die Gewerkschaften sich wehren. Sie haben sich aber stets zu Unrecht von der Regel bereit erklärt, wenn die Gehilfen die Gesamtheit es erfordern. Die allgemeinen Vorurteile werden am besten widerlegt durch die Werbestatistiken. Die früher und auch neuerdings im Vergleich und in anderen wichtigen Gewerkschaften gewonnen sind. Die Werbestatistiken verlangen nur, daß sie bei der Regelung mit zu wirken, wie es der Verfallung entspricht. Sie weisen auf diese Weise sicher, daß die Regelung nicht vorwiegend im Privatinteresse einzelner Unternehmer, sondern im Gesamtinteresse erfolgt, und daß der Wortlaut überarbeitet sowohl den Arbeitnehmern wie der Gesamtheit zutrifft.

Prinzipalfunktionäre haben schon verschiedentlich gegen Treu und Glauben beim Arbeitszeitabkommen vom 10. Januar für ganze Orte und Kreise allgemein die 35stündige Arbeitszeit diktieren wollen. Nicht-Kundentagraub wie der systematische Lohnbruch sind weit mehr aus politischen denn aus wirtschaftlichen Gründen heraufzuleiten. Die soziale Reaktion zählt beides zu ihren Hauptparolen. Die „Zeitschrift“ hat solche doch auch als Tarifbruch anzusehende Beschlüsse veröffentlicht, anstatt dagegen aufzutreten. Das hat in der Gehilfenschaft ebenfalls Gärung und Verbitterung zur Ausladung kommen lassen. Hätte sie sich auch in diesem Falle auf Vortreffliches besonnen und seine Auffassung unverfälscht wiedergegeben, dann würde es an manchen Orten jetzt nicht so kräftig gewettert haben. Aber die superflugen Leute auf dem Rollendortplatz hatten ja fast immer falsch.

Die Regie im Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe ist ebenfalls krampfhaft bemüht, zu bekunden, daß sie immer danebenstrift. Wir haben schon erwähnt und zurückgewiesen, daß man von dort mit den gewagtesten Mitteln gegen Verbandsleitung und „Korr.“ losschlägt. Nachdem es dem „Korr.“ immer mehr glückt, DVB-Rundschreiben in die Hände zu bekommen oder Prinzipalsanktionen gegen den DVB. veröffentlicht zu können, mußte es doch auch einmal anders herum gehen. In der Unglücksrubrik „Arbeitgeberfragen“ im „Zeitungsverlag“ wurde eine solche Entdeckung am 11. April als Sensation aufgefischt: Die Zündschnur, die die letzte Explosion im Gewerbe hervorgerufen hat, sei schon von langer Hand vorbereitet, dem Ages-Mann lege ein schon seit März datiertes Rundschreiben vor, in dem es heiße:

... daß die Reichsorganisation der Buchdruckergehilfen eine Bitte der ausländischen Organisation um finanzielle Unterstützung abgelehnt habe mit der ausdrücklichen Begründung, man müsse einen Fonds annehmen, da entsprechend dem erfolgswidrigen Vorgehen der Saarländer-Organisation anlässlich der lazarischen Wahlen die Reichsorganisation beschlossen habe, ebenfalls einen allgemeinen Buchdruckerstreik während der letzten vier Tage vor den Wahlen zu initiieren. ...

Wir haben in Nr. 35 diese Schreiberlei sofort als zusammenhangslos mit unserem Verbandsvorstande erklärt. Durch die nachstehende abgedruckte Berichtigung ist es nun zur völligen Aufklärung eines eschwindehmanövers gegen den Verband gekommen:

Berichtigung

Mit Bezug auf den Artikel „Zum Lohnstreit im Buchdruckgewerbe“ in Nr. 15 des „Zeitungs-Verlags“ erklären die Unterzeichneten:

1. Es ist unwahr, daß es sich in dem Lohnstreit bei der gegenwärtigen Aktion der Gehilfenschaft um politische Machttreiben gehandelt hat, und daß im Vordergrunde die Tendenz gestanden habe, das Zeitungsgewerbe, und zwar insbesondere die bürgerlichen Blätter, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen unter Druck und Unruhe zu halten oder gar stillzulegen, um damit Einfluß auf die Wahlvorbereitungen im Reiche auszuüben.

2. Es ist unwahr, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker in Beziehung steht zu Tatsachenbehauptungen eines in dem obigen Artikel teilweise abgedruckten Schreibens über beabsichtigte Maßnahmen einer Reichsorganisation der Buchdruckergehilfen anlässlich der Wahlen, und daß der Verband der Deutschen Buchdrucker mit jener Reichsorganisation der Buchdruckergehilfen identisch sei. Die in dem Schreiben angegebenen Handlungen sind dem unterzeichneten Verband und dessen Leitung völlig unbekannt.

3. Es ist demnach unrichtig, daß das abgedruckte Schreiben in der vorliegenden Form genügt, um die unter 1) berichtigten unwahren Behauptungen des „Zeitungs-Verlags“ zu bestätigen.
Berlin, den 16. April 1924.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker
ges. Jos. Seib, L. Krauß.

Obwohl dem „Zeitungsverlag“ diese Berichtigung am 16. April unter Berufung auf den § 11 des Pressekgesetzes zugegangen ist, brachte die am 23. April bei uns eingegangene neue Nummer sie noch nicht. Ob man noch „weitere genauere Recherchen“ über seinen derben Keimfall anstellen will oder ob man wieder kreißt wie gegenüber dem „Korr.“, um nach vorausgegangenen starken persönlichen Angriffen auf den „Korr.“ sich mit solchen von uns ausreden zu lassen, das kann im Augenblick noch nicht gesagt werden. Jedenfalls wird der „Zeitungsverlag“ zur Bekanntgabe des ihm von eigener Seite besorgten Keimfalls gezwungen werden. Die „Zeitschrift“ hat sich, wie schon mitgeteilt, davon bewahrt, der ganze Inhalt des Schreibens wird ihr verdächtigt vorgekommen sein. Daß die Affektion der Gehilfenschaft in keiner Weise politischen Intrigen hatte, haben wir ja auch schon dargelegt. Auf Prinzipalsseite gibt es aber Vertreter, die die mit Hilfe behördlicher Stellen zustande gekommenen Löse überhaup als „politische Löse“ bezeichnen — weshalb man wohl auch so gern zum Schlichtungsverfahren seine Zuflucht nimmt. Sollen wir über diese doch vor nicht langer Zeit zu hören angewandte „Politik“ des „politischen Löse“ noch Näheres hören?

Anstatt die Berichtigung unseres Verbandsvorstandes anschließend wohl sofort zu bringen im „Zeitungsverlag“, sind weitere Schärfermacherien des Ages-Mannes erschienen. Wiederum folgte

von außerordentlicher Geschäftlichkeit! Da wird ein Drohschreiben des DVB. an unsere Verbandsleitung (wegen Beendigung der örtlichen Aktionen nach erfolgter Verbindlichkeitsklärung) im Wortlaute veröffentlicht, indes die „Zeitschrift“ es nicht bringt. Dann hat es dem Manne die Kundgebung des Verbandsvorstandes in Nr. 33 des „Korr.“ angehen: „Auerst lahmmer Aufruf“, „hohle Phrasen“, „Spiegelgebilde“ nennt er sie. Daß der Verbandsvorstand die Gehilfen örtlich nicht zu Paaren wieder in die Druckerien getrieben hat, erscheint diesem neuen Vollblutcharfmacher unbegreiflich. Er soll uns doch einmal sagen, was er im August v. J. und im Januar 1924 oder seinerzeit bei den Tarifbrüchen in Ostpreußen unternommen hat, die ausschlagenden Zeitungsverleger tariflich wieder einzuschirren? Auf seine Moral mit zweierlei Boden pfeifen wir.

Die „Mitteilungen des Vereins sächsischer Zeitungsverleger“ verargen sich zu dem alten infamen Mittel der schwarzen Listen. Es heißt, oftmals seien nur einzelne Personen an den „wilden Streiks“ schuld. Sie weheln gern nach andern Druckerorten. Aus dem Mitgliedsreife sei nun angeregt, bei Einstellung neuer Leute sich an dem letzten Beschäftigungsort zu erkundigen. Gewarnt wird direkt vor Einstellungen von Gehilfen aus Dresden, Bauen, Zwickau und vor allem aus München. So vorurteilenswert diese Absicht ist, es wird nur bei dieser bleiben. Wenn die Zeitungsverleger „neue Leute“ gebrauchen, werden sie nicht nach dem Urtasbrief ihres Kreisvorsitzenden Bode in Grimma fragen, der gleichzeitig mitteilt, daß er sein Amt niederlegt, da eine ganze Anzahl von Firmen den Gehilfen die Forderungen bewilligt habe, während doch gegenteilige Besungen gegeben waren. Auch dieser Rücktritt steht in ganz offenkundigem Widerspruch zu dem Erfolgschwandel der „Zeitschrift“ und des „Zeitungsverlages“ wie auch zur Machtförderung ihrer Organisationen.

Falsch gefaltet! Ein andres gibt es nicht. Es wird zwar mit allen Mitteln der Täufchung und der Aufhebung gegen Verbandsleitung und „Korr.“ gearbeitet, aber die Tatsachen sprechen nicht gegen uns und auch nicht gegen die Affektion der Gehilfen!

Lothar schmüdt die Helben, aber er nicht auch. Das falsche Helben-tum merkt das erst später, dann jedoch um so schmerzhafter. Die großen Strategen vom DVB. und vom Ages befinden sich jetzt in dieser Lage. Und diese Lage wird wahrhaftig nicht glanzvoller dadurch, daß Prinzipale und Zeitungsverleger jetzt nicht darauf schwören, was ihre eigenen Organe ihnen nun an Berrentungen vormachen, sondern den „Korr.“ zur Hand nehmen, um daraus zu erfahren, wie es ihre Kollegen in Wirklichkeit gehalten haben, und wie es demgemäß mit den Gehilfenforderungen gegangen ist.

Buchdruckgewerbe, schütze deine Spezialkräfte!

Spezialisten sollten wir Buchdrucker heute samt und sonders sein, um den jeweilig gestellten Erfordernissen gerecht zu werden. Nicht allein das notwendige Erlern, sondern das Dazu-Gelernte, der Aufbau und die Vervollkommnung dessen und das Anwenden für die Arbeit zeitigen die Spezialität. Es kann aber nicht der dafür gelten, der wohl einmal eine zweite Sprache erlernt hat, am Kasten nun aber den lieben, langen Tag „Alles immer Treu und Redlichkeit“ pinnit. Der Aufbau und die Vervollkommnung des Dazu-Gelernten und das selbstbewusste Anwenden sind die Vorbedingung.

Spezialkräfte jeder Art benötigt das Gewerbe jederzeit, abgesehen von ganz anormalen Zeiten. Ein Beispiel soll überleiten zu den weiteren Ausführungen. Ist eine zweite Sprache so gelernt, daß der Betreffende darin feststeht, wird er ohne weiteres als fremdsprahliger Setzer oder als Korrektor gehen. Was solche Kräfte für den Betrieb bedeuten, ist handbarfeilich. Die Erleichterungen bringen schnelleres Pulsieren. Der gesamten Belegschaft ist der Stempel der Lichtigkeit aufgedrückt, weil eben die Spezialität zum Ausdruck kommt. Für alle Zweige des Gewerbes lassen sich solche Beispiele herausgreifen. Man wird ferner feststellen können, daß die Spezialität anstehend in dieser oder jener Form — anstehend aber zum Vorteile aller. Freilich jedem wird es dabei nicht gelingen, über Mittelmäßigkeit hinauszukommen, das Individuelle spielt eine gewisse Rolle, aber das feste Feilen wird der Mehrzahl die Vollwertigkeit bringen.

Das Gewerbe verlangt hier nach guten Kräften, das Gewerbe bezahlt auch — nein, bezahlt eben nicht entsprechend die guten Kräfte. Gerade die Spezialisten im Zeitungsbetriebe: die Korrektoren, Maschinensetzer, Stereotypsetzer, Rotationssetzer usw., haben, weil sie sich technisch vervollkommneten, in den meisten Fällen noch allerhand unangenehme Arbeitszeiten und schädliche Einflüsse in Kauf zu nehmen; Rechteulen sind sie. Die geringen tariflichen Entschädigungen wegen das bei weitem nicht auf. Das Minimum ist nicht wesentlich überschritten, mit 1 bis 3 M. glaubt man die Spezialität bezahlt zu haben. Wenn wir einen Blick in den Blachdruckaal werfen, wird uns zrell eröffnet, daß die Mehrzahl der Blachdrucker an ihrer Durchbildung zähne gearbeitet hat, druck- und maschinentechnisch wird alles Neue zur Anwendung und somit das Dazu-Gelernte mit Erfolg zur Auswirkung gebracht.

Was kostet unsre Ausbildung? Sie habe nämlich eine Investition von Umständen gefordert. Ähnlich sind diese schönen Wahlen. Und wer beabsichtigt, welche Freude jeder einzelne Kostene an diesen Wahlen hatte, den konnte das bewegen. Daß für solche Leistungen das Minimum

und ein Quentchen mehr bezahlt wird, bewegt aber noch mehr. Ein Kollege, der zu dieser Zeit eine Geschäftsdrucksache fertig gemacht hatte, alle seine Finissen anwandte und dem die Sache auch schon gelang, konnte dafür den Abzug vom Katalogschlag (von 25 auf 22 1/2 Proz. Herabsetzung) einfordern. Das ist doch zum Strampeln!

Sier finden wir keinen Weg zur Hebung der Produktion, solche Maßnahmen birgen immense Gefahren. Wie drastisch, aber auch wie treffend sagte ein Maschinenmeister: „Kollege, was nützt mir das schöne Bild; das Bild ist meine Arbeit, der Prinzipal hat das Geld.“ Die gute Bilderdrucker ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen, am kleinen Finger hat er's, es geht ihm schnell von den Sünden. Der Prinzipal möchte sich am liebsten seine gedruckten Bilder ins Knopfloch stecken, dabei aber auf seine gefüllte Geldtasche aufpassen, um von dieser nichts preiszugeben.

Nicht allein, um Genugtuung in seinem Gewerbe zu finden und seinen Grundfragen gerecht zu werden, strebt man danach, Gutes zu leisten. Nicht auch, um sich lediglich seine Arbeitsstelle zu erhalten. Jedoch auch nicht deshalb, um einseitig Gewinn erzielen zu lassen, lernt und bildet sich der Buchdruckergehilfe weiter, sondern er will für die Allgemeinheit schaffen, will der Allgemeinheit ein Stütze sein — ein Ideal von unendlicher Größe. Qualitätsleistungen machen Respekt, werden, locken Kundenschaft an. Dafür ist kein Fordern nach Mehrlohn gerecht und billig, am im Existenzkampf Erleichterung zu haben.

Alle Spezialitäten in der tariflichen Entlohnung gerecht zu erfassen, bleibt einstweilen noch Problem. Gewisse Schwierigkeiten stehen im Wege, die aber zu überwinden sind. Handelt es sich dann nur noch darum, mehr Einsehen vorzufinden, zumindest mehr, als man es letzthin gegenüber den Maschinensetzern bewiesen hat. In diesen Kreisen gärt und wällt es, darum wird die Lohnfrage der Maschinensetzer entschieden einer andern Behandlung unterworfen werden müssen.

Wollen wir zu einem gedeihlichen Ausgang kommen, der die Perspektive eröffnet zur umfassenden Gewerbeerneuerung unter Wahrung der Rechte der wirtschaftlich Schwachen, unter Mitwirkung an Arbeit und Gewinn, so wird rechtseitiges Einlenken zu einer Arbeitsgemeinschaft führen, die den Stößen der Zeit Widerstand bietet. Notwendig ist, wirtschaftlich das Frühere, hauptsächlich in der Entlohnung, zur Geltung zu bringen und weiter auszubauen, das hebt die Freude zur Arbeit und das bringt dem Gewerbe Segen.

Dresden.

G. S. M.

Überstunden

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß manche Prinzipale viel mehr Überstunden machen lassen, als daß sie zu Einstellungen von Aushilfspersonal greifen. Das sollte den beteiligten Personalisten doch ein wenig zu denken geben. Ab und zu fließt aus dem Munde dieser Prinzipale oder ihrer Vertreter eine Ausrufung, die wie ein Blitz die Lage erhellt. So z. B., wenn ein in Überstunden arbeitender Kollege um Zulage vorstellig wird und dabei auf seine Minimumbezahlung verweist, dann wird ihm entgegnet: „Ja, was wollen Sie? Sie haben doch in der vergangenen Woche so und so viel über Minimum verdient!“ Der Hinweis auf die geleisteten Überstunden verfährt dann wenig, weil ihm sofort gesagt wird, daß für die Minimumarbeit auch nur das Minimum gezahlt werden könne; man sieht zwar ein, daß der Lohn zu niedrig sei, aber eben deshalb gebe man dem Arbeiter ja Gelegenheit, mehr — d. h. länger — zu arbeiten. Dadurch werde sein Wunsch nach Höherentlohnung und besserem Auskommen doch erfüllt. Man verdreht also eine unsoziale Handlung in eine soziale Tat.

Leider ist festzustellen, daß ein Teil der Kollegen das nicht einsieht und widerstandslos Überstunden leistet, weil — im Tarif etwas von Überstunden steht, das sie völlig falsch auslegen; denn nirgendwo ist ein Zwang zu Überstunden ausgesprochen; im Gegenteil, es heißt dort im § 8 Absatz 2:

Besondere Arbeitsandrag ist unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen für Nebenarbeit durch Einkerbung von Arbeitslosen, auch bei tageweiser Beschäftigung, oder durch Einlegung von Schichten zu begreifen.

Das ist doch klar und deutlich, und wenn nicht die Profitgier auf die paar Pfennige Mehrverdienst die Kollegen leitet, dann ist es zum mindesten träge Unkenntnis der tariflichen Bestimmungen, wenn sie dann Überstunden leisten, wenn noch tausende Kollegen auf dem Arbeitsnachweis liegen. Besonders in Berlin ist das der Fall, wo zur Zeit noch über 2000 Kollegen arbeitslos sind, und wo trotzdem in vielen Fällen recht viele Überstunden geleistet werden.

Der Gauvorstand hat mehrmals in den Versammlungen der Vertrauensleute sowie in den Bezirksversammlungen auf diesen Missetand hingewiesen und die Vertrauensleute sowie die Betriebsräte ersucht, für Abhilfe zu sorgen. Teilweise mit Erfolg. Aber es bleibt für die Kollegen noch genug zu tun übrig. Es ist doch einfache Pflicht der Solidarität gegenüber den arbeitslosen Berufsangehörigen, für ihre möglichst schnelle Unterbringung zu sorgen. Das tut man allerdings nicht in der Weise, indem man sich in der Versammlung dazu hinreißt, dem Gauvorstand vorzuwerfen, er habe nichts in dieser Richtung getan, zumal wenn man als oppositionelles Gauvorstandsmittel um die Dinge weiß! So schafft man derartige Krebsgeschäden nicht aus der Welt. An die anderen Kollegen aber richte ich den Appell: Wacht eure tariflichen Rechte! Keine Dauerüberstunden, wenn noch ein Arbeitsloser auf dem Markt ist!

Es ist selbstverständlich, daß man bei plötzlich eintretendem Arbeitsandrag, der eine Einstellung nicht mehr zuläßt, die Überstunden nicht verweigern wird; denn das hieße den Akt abtun, auf dem man sich. Genauso wenig wird sich ein Kollege weigern, eine Arbeit zu beenden,

die mit einer Überstunde am selben Tage noch erledigt werden kann. Lehren aber derartige Zufälle häufiger wieder, dann ist Vorsicht am Platze. Dann heraus mit dem Tarif aus der Schmelze und ihn dem Prinzipal oder seinem Beauftragten so lange unter die Nase gehalten, bis er den Sinn der dort verzeichneten Worte beareifet!

Nicht kleinlicher Egoismus wohnter Pfennige wegen, sondern Solidaritätspflicht mit unsern hungernden arbeitslosen Brüdern müssen uns befehlen! Handelt danach!
Berlin.

Franz Jotag.

„Andre Wege und besseres Menschentum“

Ja, Herr Kollege Vogl, es ist schrecklich, wie mit dem Worte „Volkswirtschaft“ Schindluder getrieben wird, oder sagen wir besser, wie mit dem arbeitenden Volke in der kapitalistischen Wirtschaft verfahren wird. Wer aber erfahren und erkannt hat, daß „unser Arbeiterstand ein gemeinsames“ ist und sich der Illusion hingibt, daß die Unternehmer eigentlich einsehen müßten, daß Volkswirtschaft so etwas wie Volksgemeinschaft sein sollte, offenbart damit nach den Erlebnissen der letzten Jahre eine erstaunliche Weltfremdheit. Und wer die im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit angewandte Kraft als Vergeudung ansieht, der wird niemals den Weg zu einem besseren Menschentum erobern, denn nur im unentwägten Kampfe werden wir den Kapitalismus überwinden, von dem so viel wertvolles Gut vergeudet wird.

Wir leiden heute vor allem an den Folgen des Weltkrieges, der doch letzten Endes nichts anderes ist als der Machtkampf kapitalistischer Wirtschaftsorganisationen. Die kapitalistische „Volkswirtschaft“, die Quelle unseres Elends, werden wir nicht durch das Rezept eines Professor Dorneser beseitigen. Denn mit der Selbstbeteiligung haben wir die Anarchie des Kapitalismus, die Ursachen der Krisen, der Arbeitslosigkeit, des Massenelends, nicht auf. Der Vorteil des einen wird der Nachteil des andern bleiben. Wir bleiben getrennt in Klassen und werden niemals unsere „Verbundenheit als Menschen“ fühlen.

Karl Marx hat uns eine Lehre von der Volkswirtschaft gegeben, und uns den Weg gezeigt, den wir zu beschreiten und auszubauen haben. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann aber nur ihr eigenes Werk sein. Unser Ziel muß sein, die grundlegende Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaftsorganisation. Dazu werden wir auf dem „andern Wege“ des Magdeburger Kollegen nicht kommen, indem wir der goldenen Zeit der blühenden Bildungsstätten im Buchdruckgewerbe nachtrauern und uns nur danach sehnen, halb wieder auf „dieser Höhe“ zu wandeln. Wir wissen, daß wir den Sozialismus nur unter stetigen, opferreichen Kämpfen erreichen werden.

Menschen, die bereit sind, für dieses Menschheitsideal Opfer zu bringen, werden auch gute Menschen und gewiß keine schlechteren Berufsarbeiter sein, als die mit dem „allbelebenden Geist“ des Egoismus schaffenden.

Stuttgart.

R. S.

Serienaufenthalt

Der Artikel in Nr. 33 auf Seite 199 des Korr.“ gibt mir zu folgenden Zeilen Anlaß.

Seitdem innerhalb der Arbeiterschaft das Problem der Ferien aufgerollt ist, galt es für uns, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um, unabhängig von teuren Bade- und Kurorten, für die Arbeiterschaft Unterkünfte einzurichten, die billig sind und sich in herrlicher Gegend befinden. Aus diesem Grunde hat sich eine Ferienheimgemeinschaft mit dem Sitze in Jena gebildet, die im Besitze verschiedener Ferienheime ist.

Sier soll sich der Proletarier mit gleichgesinnten Genossen oder mit seiner Familie in staubreier, an Naturschönheiten reicher Gegend von dem Alltags Last und Mühe erholen zu neuem Kampf für die Zukunft. Der Aufenthalt in solchen Heimen kann ungefähr vierzehn Tage betragen, natürlich nach vorheriger Anmeldung (oder bis sechs Wochen). Die Preise sind spottbillig, ungefähr 50 Pf. für Mitglieder, das Doppelte für Nichtmitglieder bei vorhandenem Platz. Das Essen kann sich entweder jeder selbst mitbringen oder in einigen Fällen vom Verwalter, einem Genossen, zubereiten lassen. Die Preise sind so niedrig, daß ein jeder in der Lage ist, diese für die Allgemeinheit wichtige Genossenschaft zu unterstützen. Der Pflichtanteil eines Genossen beträgt 10 Rentenmark, auch in Raten zahlbar. Die Anmeldung geschieht bei den Kassisten oder beim Vorstand der Ferienheimgemeinschaft, „Naturfreunde“, e. G. m. b. H., Jena.

Das ehemalige Schloss Reinhardtsbrunn, das Stutenhaus bei Schmiedefeld, das Siebshaus bei Kahla, die Spannerhütte bei Altenburg, der Eisenhammer in der Dübener Heide sowie einige kleinere Heime stehen der Arbeiterschaft zur Verfügung. Wir haben diese Heime geschaffen, um auch Sorgenmenschen, herauszuholen aus der dumpfen Stadt. Bleibt hinaus ins Freie, stärkt Körper und Geist in frischer Waldluft! Wer einmal einige solcher Tage verlebt hat, verläßt das Bierglas und Kartenspiel und wird froh sein, billig und gute Ferien verlebt zu haben. Wir schaffen für die Allgemeinheit Unterkünfte; ihr müßt sie aber besuchen. Wer Lust zum Wandern hat, hinauszuftreten in die Natur, der sollte sich der Arbeiterwanderbewegung an. Der Anfang ist da, ja sogar Unterkünfte sind vorhanden, in der schon mancher Kollege seine Ferien verlebte. Bleibt, alles weiter auszubauen und schließt euch der Ferienheimgemeinschaft „Naturfreunde“ in Jena an.

Halle a. d. E.

Hans Bilsack.

Korrespondenzen

Hamburg. (Generalversammlung am 2. März.) Zwei Gesänge der Niederfamilie „Gutenberg“ leiteten die leider nur schwach besuchte Versammlung ein. Das Andenken zweier verstorbener Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Es wurde eine Kommission zur Vorberatung der eventuellen Anträge zur Generalversammlung des Verbandes gewählt. In einer längeren Aussprache wurde das umständliche Verfahren beim Arbeitsnachweis (langes Warten beim Arbeitsamt usw.), das besonders jetzt in der Zeit der guten Konjunktur den schnellen Wechsel der Stellung hindert, erörtert. Bei dieser Gelegenheit wurde auch erwohnt, wie die noch vorhandenen Drucker restlos unterzubringen seien und wurde hierbei die Schweizerbegenfrage gestreift. Die Ausdrücke Hana bei dem Thema Leistung - Gegenleistung aus in die Verbesserung überaristischer Entlohnung bei überaristischer Leistungen. Kollege Kunzler beschränkte sich angesichts des gedruckt vorliegenden Jahresberichts auf einige ergänzende Ausführungen. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets und die Ausdehnung des passiven Widerstandes über das irragbare Maß hinaus sei die deutsche Währung im verflochtenen Jahre ins Uferlose gesunken. Als Beispiel führte Kollege an, daß der Buchdruckerwochenlohn Anfang des Jahres 18 000 M., am Jahresende 27 Millionen Mark betrug; der Anfangslohn sei also um das 1 1/2 Milliardenfache gestiegen. Die Arbeitslosigkeit sei durch die im Laufe des Jahres geschaffene Betriebssteuer noch erhöht worden. Die Inflation wirkte besonders verderbernd auf die Gewerkschaftskassen, daher waren Sparmassnahmen notwendig. So mußten die „Mitteilungen“ zuerst unregelmäßig erscheinen. Die Vermögensbestände (Kontenbücher usw.), die durch die Inflation mehr oder weniger wertlos geworden sind, seien im Jahresbericht gänzlich abgebuht, um ein klares Bild der Vermögenslage zu erzielen. Nach eventueller Erfassung der Aufwertung könnten sie wieder in die Kasse eingereiht werden. Die Inflation bedingte auch, daß die Lohnperioden immer kürzer wurden, aber trotzdem konnten die Lohnerhöhungen der Geldwertungen nicht folgen. Eine üble Erscheinung, besonders zum Schluß des Jahres, die von einem Teil der Kollegen geübte Beitragsperre, trage zudem nicht zur Kräftigung der Gewerkschaften bei. Dabei seien starke Gewerkschaften notwendiger als je. Sei auch Hoffnung auf Steiligkeit im Währungsweisen vorhanden, so stehen doch große Wirtschaftskämpfe vor der Tür; denn das erstarrte Unternehmertum sei drauf und dran, die Arbeiterschaft immer weiter zurückzuwerfen. Kollege Corti wies darauf hin, daß der Kassenbericht ein Spiegelbild der vollständigen Zerrüttung der Währung sei. Vieles von dem, was mühevoll zusammengetragen wurde, sei spurlos verschwunden. Kollege Thoren berichtete kurz über die Lehrlingsabteilung. Auch sie litt unter den allgemeinen Verhältnissen. Auch in den Kreisen der Beihilgen herrschte eine gewisse Unzufriedenheit und Müdigkeit, ja selbst die Beitragsperre färbte bis hierhin ab. Jetzt müsse auch auf diesem Gebiet wieder aufgebaut werden. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen J. Peters, Berg und J. Schmidt. Auf Antrag des Kollegen Bolliger wurde dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Dem Antrag des Vorstandes, künftig nur noch den eigentlichen Vorstand durch Wahl zu wählen, die Revisoren und Bibliothekare aber in der Versammlung, wurde einstimmig zugestimmt. Es folgte die Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl. Zu einem vorliegenden Antrag auf Herabsetzung des Gaubeitrages bemerkte Kollege Kunzler, daß der Verbandbeitrag ab 1. April von 75 Pf. auf 1 M. erhöht werde. Der Gauvorstand habe beschlossen, den Gaubeitrag ab 1. April um 25 Pf. zu erniedrigen, so daß der alte Gesamtbeitrag bestehen bleibe. Kollege J. Schmidt begründete seinen Antrag mit der Unzufriedenheit weiterer Mitgliederkreise über die Höhe des Beitrages. Die Höhe des Abbaues wolle er dem Vorstand überlassen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, ab 1. April einen Gesamtbeitrag von 1,60 M. zu erheben, also den Gaubeitrag nur um 15 Pf. zu ermäßigen.

Köln. (Schriftsetzer, Stereotypenreue und Galvanooplastiker.) Die am 24. Februar in Düsseldorf abgehaltene Versammlung unserer Gauvereinigungen nahm einen guten Verlauf. Fast alle Bezirke waren vertreten. Nach der üblichen Begrüßung durch Vorsitzenden Siker fanden die meisten Tagesordnungspunkte rasche Entscheidung. Der Gaubeitrag wurde auf 20 Pf. festgesetzt. Neue Aufnahmen konnten vollzogen werden. Zwei Anträge des Bezirks Köln sowie ein Antrag Düsseldorf wurden nach eingehender Debatte einstimmig angenommen. Unter „Tariffragen“ wurde scharf das diktatorische Verhalten der Prinzipale gebrandmarkt. Des weiteren kam klar zum Ausdruck, nicht eher zu ruhen, bis auch wir unsere Ziele erreicht haben, auf die wir als Spezialarbeiter ein Recht haben. Um aber dieses zu verwirklichen, muß auch der letzte Mann sich unsern Reihen anschließen. Der Vorstand sowie die Technische Kommission wurden einstimmig wiedergewählt. Wahl und Zeitpunkt des nächsten Versammlungsortes wurden dem Vorstand überlassen.

Münchener i. Fr. (Drucker.) Am 21. Februar hielt der Druckerverein in München seine Generalversammlung ab, zu der auch Gauvorsitzer S. Reiser, Ortsvereinsvorsitzender R. Hammann und die verschiedenen Spartenvertreter erschienen waren. Das Tarifschiedsamt war durch Kollegen Elener vertreten. Als Gäste nahmen auch Vertreter der Münchener Maschinenfabrik teil. Die Mitglieder waren fast vollständig erschienen. Das oberste Gremium war für den Bereich als auch anderwärts ein sponser. Große Wichtigkeit, Kurzarbeit und Währungsverfall waren die Ursachen. In technischer Hinsicht wurde wie in den Vorjahren sehr viel gearbeitet, hat doch Kollege Schmitt allein in acht Monatsversammlungen über die

„Oftwälsche Farbenlehre“ Vorträge gehalten. Ihm wie auch andern Referenten sei auch an dieser Stelle Dank. In der Provinz ließ die Arbeitsfreudigkeit und Teilnahme aus oben angeführten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ganz nach, so daß wir dort fast gar keine Mitglieber mehr haben. Die Zahl der Mitglieber betrug am Anfang des Berichtsjahres 81, am Ende 63. Bei der Besprechung über die Bezirksvereine kam es daher zu erregten Debatten. Folgender Antrag fand fast einstimmige Annahme: „Der Vorstand wird ersucht, bei der Zentralkommission die Aufhebung der Bezirksvereine zu beantragen.“ Der Beitrag wurde ab 1. Januar auf 15 Pf. wöchentlich festgesetzt. Der bisherige Vorsitzende Kollege E. Neumann legte sein Amt nieder, weil er vom Beruf abzugehen gedachte, eine Wiederwahl konnte somit nicht stattfinden. Mit Bedauern seien wir Kollegen Neumann von uns scheidend, hat er doch trotz schwerer wirtschaftlicher Not treu im Interesse der Sparte gearbeitet. Es ist ihm gelungen, den Verein über schwere Lage hinwegzuführen und zusammenzubalten. Es sei ihm an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Münchener. Unsere Jahreshauptversammlung am 29. Februar wäre eines besseren Besuchs wert gewesen. An dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht wurden keine Beanstandungen gemacht. Ein Antrag, ab 1. April das „Korr.“-Obligatorium wieder einzuführen, fand einstimmige Annahme; ebenso ein anderer Antrag, für die Betriebsräte vom Verbandsvorstand mehr Informationsmaterial anzufordern. Da die bisherige Vorstandsschaft bis auf zwei Ausschuhmitglieder zurücktrat, wurden diese Posten neu besetzt. Dem Kollegen Betzschmidt, der 25 Jahre in der Verwaltung der Mitglieberschaft, davon volle 19 Jahre als erster Vorsitzender, tätig war, wurden aus der Versammlung heraus warme Worte des Dankes mit dem Ausdruck des Bedauerns über seinen Rücktritt für seine langjährige, für das Interesse der Mitglieberschaft sowie des Verbandes so überaus erspriechliche Tätigkeit gewidmet.

Allgemeine Rundschau

Beendete Zeitschrift-Lohnkonflikte. Wir wiesen schon darauf hin, daß bis zu Ostern nur noch in wenigen Städten Lohnkonflikte bestanden. Auch diese sind inzwischen beigelegt worden, wie aus Zeitungsnotizen und direkten Mitteilungen an uns hervorgeht. In Stuttgart, wo sich 90 Proz. der Gehilfenschaft durch Abstimmung für die örtliche Forderung von 35 M. Spitzenlohn einsetzten, ist, wie ein Telegramm besagt, am 28. April eine Einigung im Lohnkonflikt erzielt worden. Die Arbeitsaufnahme erfolgte am 24. April. Über die Einigungsbedingungen lag uns bis zum Abschluß dieser Nummer noch keine direkte Nachricht vor. — In Schwertin, wo es nachträglich zu einem Wiederaufflackern des eben beendeten Konflikts kam, infolge der Weigerung eines Prinzipals, der getroffenen Vereinbarung nachzukommen, ist die Bewegung inzwischen ebenfalls erfolgreich beendet.

Gepante Reform der „Zeitschrift“. Wie wir einem „persönlichen“ Rundschreiben des Deutschen Buchdrucker-Vereins entnehmen, soll die „Zeitschrift“ ab 2. Mai d. J. in einer vollständig neuen Aufmachung erscheinen. Die Anregung hierzu erfolgte sowohl von den Mitgliedern des DDB, wie von den Lieferungsfirmen des graphischen Gewerbes. Danach scheint der gesamte Leserkreis der „Zeitschrift“ eine solche Reform zu verlangen. Es soll statt Rotationsdruck wieder Flachdruck und satiniertes Papier sowie ein farbiger Umschlag der „Zeitschrift“ eine besondere Eigenart verleihen. Auch inhaltlich soll ein wesentlicher Ausbau vorgenommen werden, wozu erste Schritte als Mitarbeiter gewonnen sein sollen. Es hat also den Anschein, daß an verantwortlicher Stelle im Deutschen Buchdrucker-Verein die Erkenntnis dämmert, daß das fachliche Element im Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins mehr als bisher zur Geltung kommen sollte, und daß die bisherige Besatzung, mehr juristische und fortschrittsfeindliche Gewerbedolmetscherei der „Zeitschrift“ den Erfordernissen der Zeit doch nicht entspricht. Ohne uns allzu großen Hoffnungen nach dieser Richtung hinzugeben, würden wir es doch begrüßen, wenn diese äußere und innere Reform der „Zeitschrift“ dazu beitragen könnte, die gewerblichen und sozialen Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe in ein anständigeres und helleres Fahrwasser zu lenken als in den letzten Jahren und Monaten. Dann wird auch die „Zeitschrift“ nicht mehr in die Lage versetzt sein, die gewerbeschädliche Taktik ihrer „sozialpolitischen“ Strategen mit Zerknirschungen über die Schreibweise des „Korr.“ verteidigen zu müssen. Denn tüchtige Fachleute zeichnen sich in der Regel dadurch aus, daß sie wissen, daß man die Arbeiter nicht mit juristischen und profüglerischen Trüben an besonderer Berufsfreude und Arbeitslust gewinnen kann. Der gute Fachmann weiß, daß erzwungene Arbeit nicht die beste und rentabelste ist, sondern jene, die mit Lust und Liebe zum Beruf dann geleistet wird, wenn sie in einem erträglichem Lohn- und Arbeitsverhältnis und mit Anerkennung des gleichberechtigten Menschen als Mitarbeiter und nicht als Ausbeutungsobjekt zustande kommt. Je weiter sich die gewerbliche Politik in unserm Gewerbe infolge der arbeitfeindlichen Tendenzen der „Zeitschrift“ in den letzten Jahren von dieser Basis gleicher Rechte und Pflichten im Arbeitsprozess entfernt hat, desto schärfer müßten auch die persönlichen Gegensätze werden. Sie werden daher auch erst dann wieder in erträglicherer Bahnen schlangen können, wenn die rechtstante Reform der „Zeitschrift“ nicht nur an äußerlichkeiten haken bleibt, sondern auch innerlich, d. h. rechtlich, auf eine höhere Kultur abzielt. Warten wir also ab, wie diese Reform aussieht. Wir werden einer vernünftigen Reform in Wort und Tat nach besten Kräften be-

hilffich sein, ebenso scharf wie bisher aber auch jede Fortsetzung des bisherigen reaktionären Geistes bekämpfen, und zwar im Interesse des Gewerbes und der gesamten Gehilfenchaft.

Buchhändler. Unter diesem Namen wird zu Pfingsten eine Buchfachausstellung in Erfurt eröffnet werden. Sie soll sich an die Tagung des Vereins deutscher Bibliothekare anschließen und sowohl alte wie neue Buchkunst vorführen.

Gegen das Semikolon. Zum Unterschiede von den Kommajägern, wie die Korrektoren in Kollegenzirkeln oft genannt werden, betätigte sich Anatole France, der auch in deutschen Arbeiterkreisen bekannte 80jährige französische Dichter und Publizist, Zeit seines Lebens als eifriger Semikolonjäger. Diesem Interpunktionszeichen hat Anatole France den Kampf bis aufs Messer erklärt und er fordert, daß es vollkommen aus der Interpunktionslehre verschwindet. „Dieser Bastard“, so rief er zornig aus, „der weder ein Komma ist noch ein Punkt, beansprucht den Platz dieser beiden Zeichen, ohne sie voll zu ersetzen, und ist ganz überflüssig, ausgenommen vielleicht in Leichenreden.“ Wer ein Freund lebendiger Darstellung ist und infolgedessen langatmige Satzungen für entbehrlich hält, wird dem Urteil des großen Franzosen gewiß beipflichten.

August Brust †. Am 20. April verstarb in Essen der Gründer und langjährige Führer der christlichen Bergarbeiterbewegung August Brust. Von 1878 bis 1898 war der Bestrebende als Bergarbeiter tätig. Nach sechsjähriger Führerschaft schied er aus der Gewerkschaftsbewegung aus, wurde Redakteur eines Zentrumsblattes in Buer und schließlich Geschäftsführer des Niederwäldischen Kohlen Syndikats. Als preukischer Landtagsabgeordneter trat Brust stets für die Interessen der Bergarbeiter ein, und erst noch in jüngster Zeit trat er entschieden gegen die allzu große Bereitwilligkeit der Regierung und des Reichsarbeitsministeriums auf, die Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände zu fördern. Im wohlwollenden Gegensatz zu seinem Kollegen Stegerwald, dessen Kredit bei den Christlichen stark im Schwanden begriffen ist, hat sich Brust immer als Arbeitervertreter gefühlt und betätigt.

Bedeutung der Thüringer Heimvolkshochschule. Die Volkshochschule Tins bei Gera, an deren bisherigen Kursen eine Anzahl Buchdrucker teilgenommen hat, steht in Gefahr, von der jetzigen reaktionären Regierung Thüringens, die durch kommunifische Helfershelferdienste am 10. Februar d. J. ans Rudert kam, zerschlagen zu werden. Als mit der Konsolidierung Thüringens alle Stützungen der Gliedstaaten aufgelöst wurden, wurde auch die „Volkshochschule Neuh“, die außer einer Volksbücherei in Gera die Heimvolkshochschule Tins umfaßte, vom Staate übernommen. Dieser nahm dabei die gesellschaftliche Berücksichtigung an sich, Tins im bisherigen Umfange und Charakter zu erhalten, solange die Gewerkschaften die Schule weiter unterstützen. Auch in dem Verwaltungsrat, der für Tins gebildet wurde, haben die freien Gewerkschaften Deutschlands sowie der A.F.-Bund Sitz und Stimme. Heute droht die Reaktion, der Heimvolkshochschule Tins den Todesstoß zu versetzen. Ihre Angestellten wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt und in der Anstalt selbst wurde gegen Sinn und Wortlaut des Gesetzes ein Abbau der Angestellten und ihrer Rechte eingeleitet, der den Weiterbestand der Schule aufs äußerste gefährdet. Dieser Schlag der „überparteilichen“, in Wirklichkeit großbüchrisch völkisch eingestellten thüringischen Regierung gegen eine der wichtigsten Bildungsstätten der Arbeiterschaft kann die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands nicht gleichgültig lassen. Dagegen muß vielmehr der allerhöchste Einspruch erhoben werden. Die Gewerkschaften haben ein Recht auf die Erhaltung der Heimvolkshochschule Tins, das sie sich von einem reaktionären Willkürregime nicht rauben lassen werden.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Anlässlich des 1. Mai richtet der Internationale Gewerkschaftsbund einen dringenden Appell an alle Landeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertage der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie es die heutige Lage erfordert. Allen ihren Forderungen voran müsse die international organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen. Gegen Krieg und Militarismus habe sich die volle Wucht ihres Kampfes zu richten. Der Friedensgedanke der Arbeiter sei aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihrem Fortschritts- und Freiheitsideen, die gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unlöslich mit der Friedensidee zu verknüpfen. Die Arbeiterklasse müsse ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren Ausbau der Rechte der Arbeit besteht. An den sozialen Grundgesetzen des Achtstundentages und der Sozialversicherung, dieser wichtigsten eroberten Posten, müsse festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden. Die Eroberung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft seien unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einflüsse und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorzugten, sondern der Gesamtheit zufallen. Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag in allen Ländern Sinn und Genüge geben.

Neukapitalismus in Sowjetrußland. Die Eroberung der politischen Macht bedeutet noch lange nicht den Besitz der wirtschaftlichen Macht. Den schließlichen Beweis dafür liefert Rußland. Die fortwährende Stärkung des privaten Kapitalismus in Sowjetrußland ergibt sich aus der Tatsache, daß allein im Laufe des letzten Monats 40 Handelskonzessionen zwischen der Sowjetregierung und 40 ausländischen Gruppen abgeschlossen worden sind. Wie ganz anders sieht doch der Weg der wirtschaftlichen Entwicklung aus, als ihn die Bolschewisten einst erträumten!

Literarisches

„Deutscher Buch- und Buchdrucker.“ Das etwas verspätet erschienene Märchen dieser bekannten graphischen Monatschrift bietet einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Buchverwertung. Der rechtzeitige fertige Inhalt des Heftes in Verbindung mit einer großen Anzahl tabellarischer Auswertungen in allen Branchen wird bei jedem Kaufmann hohe Beachtung verdienen. Das an die hundert Seiten Raute Seite kann für 2 Goldmark vom Verlag Ernst Koenigkerns Buchhändler Ernst Kühn in Berlin SW 41, Teltower Straße 12, bezogen werden.

„Buch- und Buchdruck.“ Monatsheft für Drucksachenhersteller und Verbraucher. Diese bereits im 24. Jahrgang erscheinende Monatschrift für das graphische Gewerbe ist vor kurzer Zeit aus der Verlagshandlung Gebauer Schöner in Erfurt in den Besitz der Verlagshandlung H. Hansen in Hamburg übergegangen. Der neue Verlag betrachtet es als Ehrenpflicht, das Ansehen der alten, aber trotzdem nicht allgemein bekannt gewordenen Monatschrift durch Bestimmung tüchtiger und erfahrener Redaktionsmitglieder, durch gediegene Ausstattung und weite Verbreitung zu heben und zu leben, um „Buch- und Buchdruck“ einen verdientigen Platz unter den graphischen Monatschriften Deutschlands zu sichern. Soweit wir die Seite 1 bis 2 der hundert und sechzig einwandfrei berechneten Heftseiten nachsehen, kann gesagt werden, daß von dem Verlag von Hansen & Co. in Hamburg große Anforderungen gemacht wurden, um dem gewählten Ziel nachzukommen. In einer Reihe ausgezeichneter Aufsätze werden wichtige Fragen und Entscheidungen auf Buchgewerblicher Gebiet eingehend und sorgfältig behandelt, z. B. „Ausbildung und Erziehung unserer Lehrlinge“, „Lehrjahre in Buchdruck“, „Die Bedeutung der Betriebsprosperität“, „Druckverleumdung und Betriebsverleumdung“, „Das deutsche Buch in Amerika“ usw. Das Einzelheft von „Buch- und Buchdruck“ kostet 1 M., der Bezugspreis für das Quartal beläuft sich auf 1,50 M.

„Baterland“ von Max G. Trost, Verlag „Das neue Geschlecht“, Frankfurt a. Main 3. Preis 20 Pf. Der Verfasser behauptet die rein nationale Fragestellung, gegen deren Reuebild auch der rabulische „Baterland“ nichts einzuwenden haben wird: „Kann es dem deutschen Volke?“ und „Wie diene ich meinem Volke?“, um einwandfrei nachzuweisen, daß nur der wahrhaft nationale Standpunkt, der auch absolut international denkt und handelt. Mit zwingender Logik weist G. Trost immer und immer wieder in Verantwortung dieser nationalen Fragen nach, daß nur der für national nennen darf und nur der „Christ“, der unermüdlich für Arbeitererziehung, in Konflikt mit dem „Ewigem Frieden“ eintritt, da ein neuer Krieg mit den neuen furchtbaren Methoden der Kometen-Gasbomben das eigene Volk mit völliger Vernichtung bedroht. Auch weist G. Trost nach, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung wirtschaftlich nur national wirkt, da sie durch ihre festgesetzte Organisations in allen Ländern Schmutzkonturrenz hervorruft und damit unnütze Arbeitslosigkeit im eigenen Vaterlande.

Verschiedene Eingänge

„Die Woch.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Barons. 10 Jahrgang. 1. Band. Nr. 1-3. Preis 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 41.

Briefkasten

G. M. in Gera: Ihre Einwendung bezieht sich auf die Begründung durch den Ortsvereinsvorsitzenden. — **G. in Gera a. d. E.:** Ein einschlägiges völkisches Gelehrtes — **O. W. in Weiden a. d. E.:** Die gemachte Adresse lautet: Gustav Franz Höbner, Leipzig-Reuditz, Friedrichstraße 22, II. — **M. G. in G.:** und andre: Die immer erneut eintretenden Konstellationen auf dem Lohngebiete zwingen auch verführt zur Zurückhaltung aller nicht zu diesem nicht ausreichenden Kapital zählenden Kritik und Verurteilungsberechtigten. Darüber stehen nicht nur deren Einfachen, sondern auch die Reaktionen, wie der Inhalt des „Kerr.“ überhaupt. Was andre verurteilt oben. Eine ausführlichere kritische Nachprüfung über die Krisenaktion zuzufassen, ist also glatte Unmöglichkeit. Die ungenügende Darstellung muß genügen, die prinzipielle Behandlung tut das übrige. — **G. in G.:** Ihre Frauen um Ihre Mitteilung, daß Sie Kritik im allgemeinen paralytisch, da es durch die Berufliche Überlast ist. Wir hätten das Ihnen noch sehr empfohlen. Bei dem noch fraglichen Teile wollen wir auch Nachsicht wollen lassen; mancher Sache ist durch öffentliche Behandlung gar nicht geholfen. — **G. G. in G.:** Soll Wahnsinn haben. — **Bauer in Weiden a. d. E.:** Ihre Kritik; Angelegenheit erledigt. — **M. in G.:** Jah. 250: 80 Pf. — **M. G. in G.:** Jah. 275: 1,60 M. — **G. G. in G.:** Jah. 274: 1,40 M. — **G. G. in G.:** Jah. 275: 2,20 M. — **G. in G.:** Sache zwar etwas ungewöhnlich, im Interesse rechtlicher Klärung über diese inpenitentiellen Geheimwissenschaften sollen aber Ihre Ausfahrungen gebracht werden, und zwar mit der Begründung selbst.

Wir bitten um näheren Aufschluß über einen gewissen Franz Glaser, der von Hannover (Saar) aus Konflikt als Monistischer jagte. Eine in Bad Döbringen angenommene Stellung trat er trotz verlangen und erhaltenen Gehaltsgeldes (25 M.) nicht an. Durch eine beratige Handlungsweise wird natürlich nur die Mängelhaftigkeit gebührend, weshalb dagegen Front gemacht werden muß, wenn genügende Klärung erfolgt sein wird. Die Redaktion.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissohof 5 II. Fernruf: Amt Kurier Nr. 11a. Postkassenkonto: Berlin Nr. 1023 67 (A. Schweini)

Abschlussstage im zweiten Vierteljahr 1924

Im zweiten Vierteljahr 1924 schließen die einzelnen Monate wie folgt ab:

- April mit 4 Wochen am 26. April,
- Mai mit 5 Wochen am 31. Mai,
- Juni mit 4 Wochen am 24. Juni.

Der Verbandsvorstand.

Kaiserslautern. Das Verbandsbuch des Kollegen Fritz Döcherz (Nr. 186 030 Gau Hannover) ist auf der Reise von Kehlbad a. S. nach Kaiserslautern verloren gegangen. Die Kaiserler werden ersucht, dasselbe an die Hauptverwaltung einzuliefern. **Kiel.** Der Lehrer Alfred Uebel (Hauptbuchnummer 35 086) wird dringend aufgefordert, sich zwecks Neulama seiner Verbandsangelegenheiten mit dem Kassierer W. W. R. a. d. d. Farmsstraße 73, in Verbindung zu setzen. Die verfallenen Kontributionen werden gebeten, den genannten Kollegen auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Zur Aufnahme gerichtet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):

Im Gau Schleswig-Holstein 1. der Drucker Konrad G. o. s. d., geb. in Neustadt i. S. 1891; ausgl. daf. 1923; 2. der Maschinenführer Hermann G. o. s. d., geb. in Wey 1883, ausgl. daf. 1906; waren schon Mitglieder. — Martin Prüter in Kiel, Gauhamburgerstraße 34, p.

Versammlungskalender

Berlin. Versammlung der russischen Gesez Sonntag, den 27. April, um 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Chlodwigstraße 2. **Erfurt.** Versammlung Freitag, den 2. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Ochsen“ (untere Saal). **Dresden.** Korrektorenversammlung Sonnabend, den 23. April, abends 7 Uhr, im „Wettiner Hof“, Wettiner, 44. Neuhofstraße. **Sachsenbach.** Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 10 1/2 Uhr, im „Wettiner Hof“, Sachsenbach, Sachsenbachstraße 10. **Hannover.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, in Hannover, Rathaus bis 11. Mai an Stb. 20, 1. Stock, Konferenzsaal, IV 7.

Der Aufsatz wegen muß der Abdruck von Nr. 30, erscheinend am 3. Mai, bereits am 30. April erfolgen.

